

NOCH MEHR ABKASSIEREN 2,3 Prozent mehr Geld in die Säckel der Politiker

Während die KPÖ weiter auf weniger Bezüge für Politiker drängt, bekommen diese nun eine Finanzspritze. SPÖ und ÖVP verweigern die Diskussion zu geringeren Bezügen für Politiker.

Politiker haben immer weniger mitzureden, wollen aber immer mehr kassieren", ärgert sich KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger. Er hat kein Verständnis für die Erhöhung der Politikerbezüge ab 1. Juli 2006. Die Erhöhung um 2,3 Prozent orientiert sich an der Inflationsrate für 2005, wie es das Bezügebegrenzungs-gesetz 1997 fordert. Ausgangsbasis für die Berechnung ist der Bezug der Abgeordneten im Nationalrat.

Die KPÖ drängt auf geringere Bezüge. Allerdings wurde der Antrag der KPÖ auf Kürzung der Politikerbezüge um ein Drittel bereits zweimal nicht zur Behandlung im Landtag zugelassen. Die KPÖ fordert, dass sich Politikergehälter am Ausgleichszulagenrichtsatz orientieren. Wenn der höchste Politikerbezug

in der Steiermark auf das Fünzehnfache dieses Werts beschränkt wird, würden die Landespolitiker ungefähr ein Drittel weniger verdienen als bisher.

„SPÖ und ÖVP können sich dieser Diskussion nicht auf Dauer verweigern. Wer den weniger privilegierten Teilen der Bevölkerung eine Belastung nach der anderen verordnet, muss sich auch Kritik gefallen lassen. Durch die Auslagerung von Kompetenzen an die EU und durch Privatisierungen haben die Politiker immer weniger mitzureden. Trotzdem wollen sie immer mehr kassieren“, kritisiert Kaltenegger.

Die KPÖ-Mandatare verwenden den Großteil ihres Politeinkommens für Hilfe. 2005 gingen 87.000 Euro an in Not geratene Menschen.

Was Politiker ab 1. Juli verdienen

Funktion	monatl. Bezug
Bundespräsident	22.134 Euro
Bundeskanzler	19.762 Euro
Vizekanzler mit Ressort	17.391 Euro
Nationalratspräsident	16.601 Euro
Minister	15.810 Euro
Landeshauptmann Steiermark	15.020 Euro
Landeshauptmann Stv.-Stmk	14.229 Euro
Landesräte	13.439 Euro
Volksanwalt	12.648 Euro
Präsident des Landesschulrats	7.905 Euro
Nationalratsabgeordnete	7.905 Euro
Landtagsabgeordnete Steiermark	5.138 Euro
Bürgermeister Graz	12.242 Euro
Leiter Landesrechnungshof	8.300 Euro

Die steirischen Politikerbezüge werden nach dem Landes-Bezüge-gesetz geregelt und liegen dezent unter den mögliche Höchstgrenzen. Wenn ein Politiker Anspruch auf mehrer Bezüge hat, gebührt ihm „nur“ der höchste Bezug.



ABSURDE JOB- UND Arbeitsmarktservice

9,3 Prozent der arbeitsfähigen Steirer sind derzeit arbeitslos – so viel wie nie zuvor. Das Arbeitsmarktservice (AMS) hat heuer nicht nur so viel Geld zur Verfügung, sondern auch so viel Arbeit wie nie zuvor. Der scheint man mitunter nicht gewachsen: Seltsame Jobangebote und Kurseinweisungen sorgen für Kritik.

Am Anfang habe ich gute Erfahrungen gemacht. Da bekam ich einen Job als Kellnerin, den ich gesucht hatte. Aber dann sperrte das Gasthaus zu – und ab da wurde es schwierig. Ich habe kein Auto, und trotzdem hat mir das AMS einen Job bei einem Gashaus angeboten, das 60 Kilometer von meiner Wohnung entfernt ist. Nach Dienstschluss in der Nacht fährt da kein öffentlicher Verkehr mehr nach Hause."

Frau Maier (Namen geändert) versteht das AMS nicht mehr. Ihre Erlebnisse gehen noch weiter. „Ich bin gelernte Kellnerin. Dann musste ich mich als Küchenplanerin bewerben. Der diesen Posten ausgeschrieben hat, hat geschaut wie ein Auto."

Frau Maier ist mit ihren Erfahrungen nicht allein. Auch Herr Müller kann ein Liedchen vom AMS singen: „Anstatt eines Vertreterpostens schickte mich das AMS zu Firmen, wo ich auf selbstständiger Basis arbeiten und hohe Investitionen tätigen hätte müssen."

Frau Huber hingegen wurde in einen Kurs zu einem Thema geschickt, in dem sie bereits ausgebildet war. Das weitere Procedere bei allen Betroffenen: Bewirbt man sich nicht, verliert man das Arbeitslosengeld. „Auf die Frage, woher ich das Geld für Telefonate und Bewerbungen für diese unmöglichen Jobangebote nehmen sollte, hörte ich nur, das sei mein Problem“, ärgert sich Müller.